

**Beschluss des 24. Parteitages
der CDU Deutschlands**

Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland

Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland

I. Die CDU – Die deutsche Europapartei

Einheit in Vielfalt

II. Europa – Eine große Erfolgsgeschichte

Europa steht für Frieden, Freiheit und Wohlstand

Stabiler Euro – Starkes Europa

III. Die Stabilitätsunion – Herausforderung für das Europa von heute

Die Folgen rot-grüner Regelverstöße

Die Krise ist eine Schuldenkrise

Balance von Eigenverantwortung und Solidarität wahren

Der Maßstab der Eurozone: Die weltbesten

Volkswirtschaften

Aufgaben der Gegenwart

IV. Die Politische Union – Herausforderung für das Europa von morgen

Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

V. Unser Kompass für Europa

Die deutsch-französische Freundschaft

Mehr Europa, aber weniger Regulierung

Europa als Friedensmacht

Europa der Bürger

I. Die CDU – Die deutsche Europapartei

Die CDU ist die deutsche Europapartei. Das Bekenntnis zu Europa ist für uns nicht nur eine Frage der Vernunft, sondern auch eine Herzensangelegenheit. Von Beginn an haben wir die europäische Idee geprägt und wurden von ihr geprägt: Unter Konrad Adenauer wurden die Weichen zur europäischen Einigung gestellt. Während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl wurde sie mit der Schaffung des Binnenmarktes und des Euro für jeden offensichtlich und erlebbar. Angela Merkel hat unter deutscher Ratspräsidentschaft mit der Einigung auf den EU-Vertrag von Lissabon den Weg in die Zukunft gewiesen.

Die lange und erfolgreiche Tradition der CDU als treibende Kraft für die europäische Einigung verpflichtet und ermutigt uns, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden. Wir wollen die Europäische Union festigen und sie im Herzen der Menschen fest verankern.

Einheit in Vielfalt

Europa ist eine Wertegemeinschaft. Dies gilt bei aller Vielfalt und allen Unterschieden, die es zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Das starke Fundament Europas ist seine reiche Kultur und bewegte Geschichte. Sie haben uns zu Frieden und Freiheit, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geführt. Es sind vor allem unsere gemeinsamen Wurzeln der griechischen Philosophie und des römischen Rechts, des Christentums und des Judentums sowie der liberale Geist der Aufklärung, die uns einen. Die EU-Charta der Grundrechte ist sichtbarer Ausdruck unserer gemeinsamen Wertüberzeugungen.

Für die CDU sind die Nationalstaaten und die Identität ihrer Völker prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Wir wollen kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa. Daher treten wir für die Grundsätze der regionalen und lokalen Selbstverwaltung sowie der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ein. Im Rahmen der ihr von den Nationalstaaten zugewiesenen Kompetenzen arbeitet die Europäische Union nach bundesstaatlichen Prinzipien und Methoden. So beschreibt es unser Grundsatzprogramm von 2007.

II. Europa – Eine große Erfolgsgeschichte

Die europäische Einigung ist seit ihrer Geburtsstunde vor mehr als sechs Jahrzehnten eine Erfolgsgeschichte und ein einzigartiges Friedenswerk. Aus den Anfängen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit früherer Gegner ist ein international geachteter und einflussreicher Staatenverbund geworden. Frieden, Freiheit und Wohlstand sind die zentralen Säulen, auf denen die europäische Idee ruht und die sie zum Vorbild und Orientierungspunkt für andere Regionen der Welt machen. Deutschland und Europa haben niemals zuvor ein solches Maß an Freiheit, Frieden, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit erlebt, wie in den letzten Jahrzehnten.

Dauerhafter Frieden ist Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand. Jahrhunderte führten die europäischen Völker gegeneinander Krieg. Regelmäßig zerstörten sie gegenseitig, was sie zuvor in harter Arbeit aufgebaut hatten. Verfolgung, Vertreibung und unermessliches Leid waren stets die Folge. Deutschland war in der Mitte unseres Kontinents vielfach in besonderer Weise ein betroffenes und beteiligtes Land.

Nach dem von Deutschland in verbrecherischer Weise begonnenen Zweiten Weltkrieg und den Greuelthaten der nationalsozialistischen Diktatur wurde unser Land gewaltsam geteilt. Nur Dank des Freiheitsdrangs der Menschen wurde die SED-Diktatur in der friedlichen Revolution überwunden und unser Land mit Zustimmung unserer Nachbarn und Partner in einer glücklichen Wendung der Geschichte wieder vereint.

Dass unser Alltag in Deutschland keine Mauern und keine Schlagbäume mehr kennt, dass wir in Europa frei reisen, überall wohnen, arbeiten und lernen können, zeigt den überragenden Erfolg der europäischen Einigung. Freiheit, Demokratie und soziale Sicherheit stehen nirgendwo auf der Welt in einem so engen Zusammenhang wie in Europa. Der politische und wirtschaftliche Nutzen für Deutschland übersteigt die Kosten der EU-Mitgliedschaft bei weitem.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, dies den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder deutlich zu machen. Dazu leisten europapolitische Debatten im Deutschen Bundestag und die Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse in unserer Partei einen wichtigen Beitrag.

In unserer Generation entscheidet sich, ob wir gemeinsam mit Europa die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern. Dazu brauchen wir eine gemeinsame Vorstellung von Europa. Die CDU stellt sich dieser Aufgabe. Wir wissen um unsere Verantwortung für die Lösung der drängenden Wirtschafts- und Finanzprobleme. Deshalb wollen wir die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und die Europäische Union als starke Politische Union gestalten.

Europa steht für Frieden, Freiheit und Wohlstand

Wir Europäer sind in Frieden, Freiheit und Solidarität zu unserem Glück vereint. Europas Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist aber nicht mehr nur Frieden zu sichern und Wohlstand zu mehren, sondern auch, sich in einer globalisierten Welt für die universelle Geltung der Menschenrechte und des Völkerrechts einzusetzen und für die Freiheit derjenigen zu kämpfen, deren Rechte missachtet werden. In vielen Teilen der Welt setzt man darauf, dass wir diejenigen unterstützen, die für ein Leben in Menschenwürde und Freiheit kämpfen. Unsere Interessen und das Grundgesetz gebieten es uns, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Klima- und Artenschutz brauchen genauso wie Energie- und Handelsfragen wirksame internationale Regeln. Deshalb setzen wir uns für ein starkes und handlungsfähiges Europa ein, das in der Lage ist, unsere Anliegen international durchzusetzen. Diese Idee eint und motiviert uns für die Zukunft.

Auf diesem Weg werden wir aber nur Erfolg haben, wenn wir in Europa fest zusammenstehen. Heute lebt von den sieben Milliarden Menschen auf der Welt nur fast jeder Hundertste in Deutschland. Bis 2050 werden Schätzungen

zu Folge über neun Milliarden Menschen auf der Erde leben, während die deutsche und europäische Bevölkerung weiter zurückgeht. Schon heute hat China mehr Einwohner als Europa, Nord- und Mittelamerika zusammen.

Auch die Handelsströme und wirtschaftlichen Kraftzentren verschieben sich. China hat Deutschland als Exportweltmeister abgelöst und wächst rasant weiter. Die Schwellenländer spielen eine immer größere Rolle im Welthandel, neue Freihandelszonen entstehen und führen zu neuen internationalen Allianzen.

In der Europäischen Union mit insgesamt 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern können wir unsere Werte und Interessen einbringen und gemeinsam in der Welt wirksam vertreten. Die Europäische Union als die bei weitem größte Handelsmacht mit dem größten Bruttoinlandsprodukt aller Binnenmärkte und einem starken Euro bietet dafür in der Globalisierung die Voraussetzungen. Deshalb wollen wir als CDU eine starke Europäische Union. Gemeinsam können wir Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft international verankern. Der Vertrag von Lissabon war dafür ein Meilenstein. Mit seinem klaren Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft verankert er unser Gesellschaftsmodell, das wirtschaftliche Effizienz mit sozialer Sicherheit verbindet und Deutschland erfolgreich durch die letzten Jahrzehnte geführt hat, in Europa. Er ist deshalb eine gute Grundlage für die zukünftige Gestaltung Europas.

Stabiler Euro – Starkes Europa

Wir bekennen uns zum Euro und wollen, dass ihn alle 17 Mitgliedstaaten der Eurozone gemeinsam verteidigen. Der Euro ist seit einem Jahrzehnt Ausdruck und erlebbarer Alltag eines vereinten Europas. Gerade wir in Deutschland profitieren erheblich davon. Die gemeinsame Währung bietet uns allen erhebliche Vorteile. Über 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Eurozone. Der EU-Binnenmarkt ist der Heimatmarkt, der unser Land international stark macht. In Deutschland hängen neun Millionen Arbeitsplätze direkt davon ab. Schätzungen gehen davon aus, dass uns in Deutschland die Mitglied-

schaft in der Eurozone alleine in den letzten beiden Jahren einen Wachstumsvorteil von mindestens zwei Prozentpunkten und damit mindestens 50 Milliarden Euro gebracht hat.

Der Euro sorgt für niedrige Inflationsraten und eine hohe Kaufkraft. Er bringt Sicherheit und Planbarkeit und einen großen Nutzen im internationalen Handel und in der globalen Währungspolitik. Die Preise sind in Deutschland seit Einführung des Euro stabiler als zu Zeiten der Deutschen Mark: Auch der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Er ist heute neben dem US-Dollar die wichtigste Währung.

Der Euro stärkt aber nicht nur die Wirtschaft und macht uns international wettbewerbsfähiger, sondern er schafft auch politische Stabilität, indem er Europa zur Geschlossenheit nach innen und zu gemeinsamen Positionen nach außen bringt. Der Euro ist deshalb mehr als eine Währung; er ist ein großes Gemeinschaftsprojekt und für eine gute Zukunft Europas unverzichtbar.

III. Die Stabilitätsunion – Herausforderung für das Europa von heute

Wir werden das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit Europas stärken und künftigen Generationen neue Handlungsspielräume eröffnen, indem wir aus der Währungsunion eine dauerhafte Stabilitätsunion machen, so wie sie von Anfang an gedacht war. Damit gehen wir den Weg von Helmut Kohl und Theo Waigel weiter. Sie haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt als Grundlage für unsere gemeinsame Währung durchgesetzt und deutlich gemacht, dass der Erfolg einer gemeinsamen Währung von der Einhaltung fester Regeln abhängt.

Im europäischen Einigungsprozess haben sich immer wieder Phasen großen Fortschritts und Zeiten von Stillstand und Krisen abgewechselt. Die CDU hat sie stets als Chance begriffen, Europa weiter zu stärken. Deshalb stellen wir uns auch der jetzigen Situation, um die richtigen Lehren zu ziehen und Europa auf

zukünftige Herausforderungen vorzubereiten.

Dank der verantwortungsbewussten Politik der CDU-geführten Bundesregierung ist Deutschland wieder ein Garant für finanzielle Stabilität und Haushaltsdisziplin auf unserem Kontinent. Deshalb können wir unserer Verantwortung im Interesse Europas und unseres Landes wieder gerecht werden. So, wie wir Deutschland gestärkt aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben, wollen wir auch Europa gestärkt aus der Schuldenkrise führen.

Die Folgen rot-grüner Regelverstöße

Rot-Grün hat durch eine unverantwortliche Schuldenpolitik und die Aufnahme Griechenlands in den Euroraum gravierende Fehlentscheidungen getroffen. Sie haben dem Stabilitätsgedanken in Europa schweren Schaden zugefügt und die Fundamente des Euro geschwächt.

Die rot-grüne Bundesregierung hat von 2002 bis 2005 in vier aufeinander folgenden Jahren gegen die Defizitgrenze der Maastrichter Verträge verstoßen, die die Euro-Staaten verpflichtet, die Nettoneuverschuldung unter drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu halten. Zudem hat sie eine Aufweichung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts durchgesetzt. Deutschland ist in diesen Jahren seiner Vorbild- und Leitfunktion für Stabilität und nachhaltiges Wachstum nicht gerecht geworden. Daher ist es nicht verwunderlich, dass bislang alle Verstöße gegen den Stabilitätspakt ohne Sanktionen blieben. Die Folgen dieses Handelns dominieren seit nunmehr über 18 Monaten Politik und Wirtschaft und stellen die Europäische Union vor eine der größten Herausforderungen seit ihrer Gründung.

Die Krise ist eine Schuldenkrise

Die Hauptursachen der heutigen Krise sind neben der übermäßigen Verschuldung vor allem Leistungsbilanzdefizite, die aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit in einigen Euro-Staaten entstanden sind. Die Schuldenberge sind nicht allein durch Konjunkturprogramme gegen die internationale Finanz- und

Wirtschaftskrise entstanden, sondern vor allem dadurch, dass viele Länder jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt oder ihre Wirtschaft zu einseitig auf bestimmte Branchen ausgerichtet haben, wie zum Beispiel den Immobilien- oder den Finanzsektor. Längst überfällige Reformen haben sie gar nicht oder zu spät in Angriff genommen und dadurch dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Diese Entwicklung wurde verstärkt durch unzureichende Aufsicht und Regulierung von Finanzmärkten und Banken, die mit der globalen Entwicklung nicht Schritt gehalten haben. Die Finanzmärkte sind dadurch ihrer dienenden Funktion nicht gerecht geworden. Diese ehrliche Analyse ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Weg aus der Krise.

Erste Schritte in Richtung Stabilitätsunion konnte die CDU-geführte Bundesregierung bereits durchsetzen:

- Seit diesem Jahr müssen die Euro-Staaten ihre Haushaltsentwürfe der Europäischen Kommission zur Kommentierung vorlegen. Erst danach können sie an die nationalen Parlamente zur Beschlussfassung weitergeleitet werden („Europäisches Semester“).
- Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt schlagkräftiger und glaubwürdiger geworden. Er greift früher, die Überwachungsmaßnahmen sind umfangreicher und die Sanktionen im Fall von Verstößen deutlich strikter als bisher. Politische Einflussnahme ist erheblich begrenzt und die Prävention deutlich gestärkt worden. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.

Neben diesen deutlichen Verschärfungen haben wir weitere wichtige Entscheidungen zur Stabilisierung des Euro auf den Weg gebracht:

- Zusätzlich zum Kreditpaket für Griechenland ist mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ein befristeter Rettungsschirm über die gesamte Eurozone gespannt worden. Damit unterstützen wir Euro-Staaten in finanziellen Schwierigkeiten und helfen ihnen, ihre Wirtschafts- und Finanzsysteme zu sanieren sowie verloren gegangene Wettbewerbs-

fähigkeit zurückzugewinnen.

Die Alternativen zu diesem Vorgehen wären eine unkalkulierbare Vergemeinschaftung der Staatsschulden oder die unkontrollierte Insolvenz von Staaten mit unübersehbaren Folgen für die gesamte Eurozone und die Weltwirtschaft gewesen. Die Pleite der Bank Lehman Brothers vor drei Jahren hat uns eindringlich vor Augen geführt, welche Schockwellen bereits der Zusammenbruch einer einzigen Großbank in einer auf das engste miteinander verwobenen Weltwirtschaft haben kann. Das gilt es abzuwenden.

Deshalb wird der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in naher Zukunft die EFSF ablösen. Der ESM wird Möglichkeiten haben, die uns heute noch nicht zur Verfügung stehen und über die Instrumente der EFSF hinausgehen. Mit ihm werden wir in der Lage sein, überschuldete Euro-Staaten in kontrollierbaren Schritten zu sanieren, ohne den Bestand der Eurozone zu gefährden. Dabei bedürfen Hilfsprogramme des ESM der regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle und sind stets zeitlich zu befristen. Dazu muss gewährleistet sein, dass Euro-Staaten, die ESM-Hilfen erhalten, im Gegenzug die damit verbundenen Auflagen konsequent einhalten und umsetzen.

Balance von Eigenverantwortung und Solidarität wahren

Bei allen Hilfsprogrammen gilt: Erstens muss der Deutsche Bundestag jedem einzelnen zustimmen. Zweitens ist Solidarität keine Einbahnstraße. Für uns gilt der Grundsatz: „Keine Hilfe ohne Gegenleistung“. Deshalb müssen die hilfsbedürftigen Staaten umfassende Reformen durchführen, um wieder stabil und wettbewerbsfähig zu werden. Dazu gehört, dass sie bei der Sanierung der Staatsfinanzen ihr zum Teil erhebliches öffentliches Vermögen einbringen und genauso eine angemessene Beteiligung des privaten Sektors sicherstellen. Die Bundesregierung hat dabei durchgesetzt, dass der Internationale Währungsfonds mit seiner umfangreichen Erfahrung beteiligt ist, die Hilfen nur in Raten und nur dann auszuzahlen, wenn die betroffenen Länder die vereinbarten Reformschritte durchführen.

Mit diesen Maßnahmen begrenzen wir die akute Gefahr für den Bestand der Eurozone und das Risiko einer Ansteckung zwischen den Euro-Staaten. Die Ursachen der Krise können sie zwar nicht beseitigen, aber sie geben Europa die erforderliche Zeit, die Brücke von kurzfristigen Kriseninterventionen hin zu einer dauerhaften Stabilitätsunion zu bauen.

Dabei muss es uns bewusst sein, dass es nicht die eine Maßnahme zur Lösung der Staatschuldenkrise gibt. Erforderlich sind grundlegende strukturelle Veränderungen – der Europäischen Union insgesamt sowie in den Mitgliedstaaten. Jeder Staat muss zunächst für sich selbst die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Die Staaten müssen ihre Verschuldung deutlich reduzieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Das gilt insbesondere für diejenigen, die Hilfe in Anspruch nehmen. Manche Staaten werden das rasch schaffen, andere werden über Jahre auf unsere Solidarität und unseren Ansporn angewiesen sein. Das wird für viele tiefgreifende Reformen bedeuten, die auch von langen und kontroversen öffentlichen Debatten begleitet sein werden.

Auch wir müssen die Kraft haben, diese Entwicklungen geduldig, aber doch mit Nachdruck voranzubringen. Wir stellen uns sachlicher Kritik, aber wir werden den Vereinfachern und Populisten standhalten und immer wieder auf die bereits erzielten Erfolge hinweisen. Auf europäischer Ebene müssen wir stets in einem fairen Interessenausgleich gemeinsame Lösungen finden. Wir haben gemeinsam einen langen Weg zu gehen. Das erfordert Geduld und Überzeugungskraft. Wir Christlichen Demokraten nehmen diese Herausforderung an und weil wir überzeugte Europäer sind, können wir auch andere Europäer überzeugen.

Der Maßstab der Eurozone: Die weltbesten Volkswirtschaften

Im globalen Wettbewerb wollen wir auch in Zukunft Erfolg haben und zu den erfolgreichsten Volkswirtschaften gehören. Wir wollen daher Europa wettbewerbsfähiger machen, damit wir dauerhaft nachhaltiges Wachstum ermögli-

chen und unser Sozialmodell bewahren und fortentwickeln können. Dafür haben die Staats- und Regierungschefs der Eurozone und weiterer sechs EU-Staaten den Euro-Plus-Pakt gegründet. Damit sollen die wirtschaftliche Säule der Währungsunion gestärkt, eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordinierung erreicht, die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und dadurch schädliche wirtschaftliche Ungleichgewichte verhindert werden.

Die CDU sagt dabei klar: Es kann nicht darum gehen, die Starken zu schwächen. Unser Ziel ist es, die Schwachen zu stärken und die Leistung der Besten zum Maßstab für alle zu machen. Das heißt zunächst: Das Subsidiaritätsprinzip erfordert vor allem Anstrengungen der Staaten selbst. Als größte und stärkste Volkswirtschaft Europas versichert Deutschland ihnen aber seine Unterstützung. Unser Ziel ist, dass Europa auch in Zukunft mit Innovationen, dem Fleiß seiner Einwohner und internationaler Verlässlichkeit ein weltweit gefragter Standort bleibt.

Aufgaben der Gegenwart

Zur Lösung der aktuellen Herausforderungen arbeiten wir auf der Basis der geltenden Verträge. Der erst am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon bietet dafür bessere Möglichkeiten als die davor bestehenden vertraglichen Grundlagen, die es auszuschöpfen gilt.

1. Um dauerhaft zu einer nachhaltigen Finanzpolitik zu kommen, setzen wir uns weiterhin für die Einführung einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in allen Euro-Staaten ein. Sie muss im Rahmen der nationalen Haushaltspolitik konsequent eingehalten werden. Die Aufnahme eines Staates in die Eurozone soll nur noch möglich sein, wenn zuvor entsprechende Regelungen in der Verfassung des beitretenden Staates verankert worden sind. In einem Europa, in dem aufgrund rückläufiger Bevölkerungszahlen immer weniger Menschen die staatlichen Ausgaben schultern, müssen wir den Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt so schnell wie möglich zurückführen. Wir wollen Vorbild in Europa sein und möglichst zügig ohne Neuverschuldung auskommen. Den nachfol-

genden Generationen dürfen keine unnötigen Lasten aufgebürdet werden. Ein fairer Interessenausgleich zwischen den Generationen muss weiterhin gewährleistet werden.

2. Die Einhaltung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird nur durch Einsparungen, strukturelle Reformen und nachhaltiges Wachstum in den Mitgliedstaaten möglich sein. Die CDU ist überzeugt, dass durch mehr marktwirtschaftliche Instrumente, weniger Bürokratie und weniger staatlichen Dirigismus neue Impulse für Wohlstand in Europa ermöglicht werden können. Voraussetzung ist ein fairer Ordnungsrahmen, der den Wettbewerbsgedanken zwischen den Regionen fördert und zugleich solidarische Elemente zum Abbau zu großer Wohlstandsunterschiede in Europa enthält. Die Strukturfonds der EU sind dazu ein geeignetes Mittel. Sie unterstützen schon heute schwache Regionen dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeitslücke zu den starken Regionen abzubauen. Die CDU Deutschlands will, dass die Strukturfonds noch zielgerichteter eingesetzt werden, um bestehende wirtschaftliche Ungleichgewichte und infrastrukturelle Nachteile zwischen den Regionen abzubauen und die Wachstumspotenziale der Regionen zu nutzen. Dazu gehört beispielsweise der Ausbau europäischer Verkehrswege, verstärkte Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung genauso wie die gezielte Förderung von wirtschaftsschwachen Regionen und Schlüsselindustrien, die für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Europas von zentraler Bedeutung sind. Dabei muss die Europäische Kommission die effektive und nachhaltige Verwendung der Mittel sicherstellen. Unser Ziel ist es nicht, Überkommenes zu bewahren, sondern Zukunftsfähiges zu fördern.
3. Jeder Euro-Staat muss dauerhaft für seine von ihm eingegangenen finanziellen Verpflichtungen einstehen. Haftung und Eigenverantwortung gehören für uns untrennbar zusammen. Wir wollen in Europa keinen automatischen Finanzausgleich nach dem System des deutschen Länder-

finanzausgleichs und keine automatischen Haftungsverpflichtungen.

4. Nicht zuletzt wegen fehlender Weisungs- und Durchgriffsrechte auf überschuldete Staaten lehnen wir die Einführung von Eurobonds strikt ab. Die Vergemeinschaftung von Schulden fällt nicht unter das Solidaritätsprinzip. Anstatt der Verschuldungspolitik Einhalt zu gebieten würde anderenfalls der wirksamste Anreiz für solides Haushalten – die Angst vor hohen Zinssätzen – zerstört.
5. Die CDU setzt sich konsequent für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Deutschen Bundesbank im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken sowie für die strikte Trennung von Geld- und Finanzpolitik ein. Die Geldpolitik muss der Entscheidungsmacht politischer Mehrheiten entzogen bleiben. Nur so kann die EZB den Weg des billigen Geldes unterbinden und Inflation wirksam verhindern. Uns ist allerdings bewusst, dass der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB in den zurückliegenden Monaten für die Stabilität des Euro insgesamt notwendig war. Mit der Neuausrichtung der EFSF und dem künftigen ESM stehen alternative Instrumentarien zur Verfügung, die es der EZB erlauben, den Aufkauf von Staatsanleihen zu beenden. Sie sind nur noch als letztes Mittel akzeptabel.
6. Die Lehren aus der Schuldenkrise müssen auch in die künftige Regulierung der Finanzmärkte und Finanzinstitute einfließen. Dies gilt sowohl für die Regulierung zur Eigenkapitalausstattung, die Risikobewertung als auch das Selbstverständnis der Banken. Nachteile für die Mittelstandsfiananzierung wollen wir dabei weitgehend vermeiden. Die Schuldenkrise zeigt, dass eine Risikogewichtung von Null bei Staatsanleihen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht. Alle Finanzinstitute sind gehalten, ausreichend Eigenkapital vorzuhalten, um die Risiken einer erneuten Finanzkrise zu reduzieren. Für die CDU ist es dabei selbstverständlich, dass sich die Banken das benötigte Eigenkapital selbst am Markt be-

schaffen müssen. Wenn dies nicht möglich ist, müssen die jeweiligen Euro-Staaten geeignete Stützungsmaßnahmen ergreifen. Deutschland hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass wir im Notfall das richtige Instrumentarium haben, um in einer Krise zu handeln. Nur wenn die erforderlichen Stützungsmaßnahmen einen Euro-Staat überfordern, darf die EFSF überhaupt verbunden mit entsprechenden Auflagen tätig werden. Von einer solchen Überforderungslage ist jedenfalls dann auszugehen, wenn andernfalls die Zahlungsfähigkeit des betroffenen Euro-Staates selbst bedroht wäre.

7. Die CDU will einen globalen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte, weil sie ihre Geschäfte weltweit abwickeln. Dabei hat die CDU-geführte Bundesregierung in Deutschland, auf europäischer und internationaler Ebene bereits große Fortschritte erzielt. Bisher nicht oder unzureichend regulierte Finanzmarktakteure, wie Hedgefonds oder Ratingagenturen, wurden einer EU-weiten Regulierung unterworfen. Für systemisch relevante Banken gibt es nun Instrumente, mit denen diese Banken ohne Ansteckungsgefahren restrukturiert oder geordnet abgewickelt werden können. Mit dem Finanzstabilitätsrat wurde ein globales Frühwarnsystem geschaffen. Die Eigenkapitalforderungen für Finanzinstitute werden verschärft, die Finanzmarktaufsicht wurde effektiver und der Verbraucherschutz gestärkt. Wir wollen damit sicherstellen, dass Finanzakteure ihre dienende Funktion wieder verantwortungsvoll wahrnehmen.

Jedes Produkt, jeder Akteur und jeder Handelsplatz muss einer Mindestregulierung unterworfen werden. Wir werden dafür im Rahmen der G20 weiterhin eintreten und gleichzeitig in Europa vorangehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die deutsche Bewertung wieder stärker in die internationalen Standards der Rechnungslegung einfließt. Externe Ratings alleine dürfen nicht maßgeblich für die Strukturierung von Portfolios sein. Wir treten dafür ein, in den Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen wieder eigene Kompetenz zur Risikobewertung aufzubauen und

die erforderlichen Vorschriften anzupassen. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei dem sogenannten Schattenbanksektor gewidmet werden. Es gilt zu vermeiden, dass Finanzmarktteilnehmer klassische Bankgeschäfte außerhalb des regulierten Bankensektors abwickeln. Durch solche Geschäfte entstehen Risiken, denen mit den umgesetzten und noch umzusetzenden Regulierungsmaßnahmen gerade entgegen gewirkt werden soll. Zudem wollen wir die Europäische Kommission bei ihren Planungen zur Etablierung einer Europäischen Ratingagentur unterstützen.

8. Wir setzen uns für die schnelle Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein. Wenn deren Einführung im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens von EU und USA oder auch innerhalb der gesamten EU nicht möglich ist, werden wir eine Umsetzung in der Eurozone unterstützen und weiterhin auf eine EU-weite und globale Umsetzung drängen. Die Steuer soll so ausgestaltet sein, dass die Interessen des Finanzplatzes Deutschland angemessen gewahrt bleiben.

9. Zu einer Stärkung der europäischen Idee im Bewusstsein der Menschen gehören auch politische Identifikationsfiguren. Deshalb streben wir für die nächste Wahl zum Europäischen Parlament einen gemeinsamen EVP-Spitzenkandidaten an. Die Umsetzung dieser Maßnahmen kann in einer Übergangsphase auch auf der Basis zwischenstaatlicher Lösungen erfolgen. Die Europapolitik der CDU basiert aber grundsätzlich auf der Gemeinschaftsmethode, die Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz gewährleistet. Deshalb müssen die neu geschaffenen Regeln der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mittelfristig in die EU-Verträge integriert werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Schengener Abkommen, das die Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen abschaffte. Es ist zunächst zwischen den einzelnen Staaten ausgehandelt und erst mit dem Lissabonner EU-Vertrag in das Gemeinschaftsverfahren überführt worden.

IV. Die Politische Union – Herausforderung für das Europa von morgen

Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz sind die Voraussetzungen für das Vertrauen der Menschen in die Politik. In einer globalisierten Welt können die einzelnen Nationalstaaten in bestimmten Bereichen politische Gestaltungsmacht besser gemeinschaftlich wahrnehmen, als alleine. Wenn wir Zuständigkeiten an die Europäische Union abgeben, gewinnen wir durch das gemeinsame Gewicht der Europäischen Union an Einfluss. Deshalb sehen wir die Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips als die zeitgemäße Form an, unsere Interessen wahrzunehmen.

Für eine handlungsfähige, demokratische und transparente Politische Union brauchen wir Änderungen der EU-Verträge, weil die gegenwärtig gültigen sich nicht in allen Bereichen als ausreichend erwiesen haben. Dafür wollen wir jetzt die Voraussetzungen schaffen. Unser Ziel ist es, darüber möglichst zügig einen Konsens herzustellen und zu dessen Umsetzung einen EU-Konvent mit einem klar definierten Mandat einzuberufen.

Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Politischen Union. Im EU-Konvent sind für uns folgende Ziele maßgeblich:

1. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss über die bereits beschlossenen Schritte hinaus durch weitere, automatische Sanktionsmechanismen, die dem Zugriff politischer Entscheidungen entzogen sind, zu einem noch stärkeren Instrument einer verlässlichen europäischen Finanzpolitik werden. Dazu werden wir auch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt in die EU-Verträge integrieren, damit er die Wirkung einer Schuldenbremse auf europäischer Ebene entfaltet. Bisher

besteht er überwiegend aus Regelungen, die leichter geändert werden können als die EU-Verträge. Dies wollen wir in Zukunft verhindern. Wir wollen, dass auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Einhaltung der Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspaktes künftig durchsetzen und Verstöße ahnden kann.

2. Bei gravierenden Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt brauchen wir ein mehrstufiges, geordnetes Verfahren, mit dem die Länder ihre Haushalte in Ordnung bringen:
 - In einem ersten Schritt ist für Euro-Staaten, bei denen sich trotz einer verschärften Überwachung im Rahmen des Europäischen Semesters abzeichnet, dass sie nicht in der Lage sind, die Vorgaben für eine stabile gemeinsame Währung einzuhalten, eine Beratungshilfe der Europäischen Kommission vorzusehen.
 - Wenn trotzdem keine Fortschritte erzielt werden, soll in einem zweiten Schritt mit personeller Unterstützung der Kommission für eine effiziente Verwendung der Haushaltsmittel gesorgt und der Einsatz von EU-Förderprogrammen koordiniert werden.
 - Gerät der betreffende Staat dennoch in Zahlungsschwierigkeiten, kann der ESM zeitlich befristet tätig werden, sofern dies zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt unabdingbar ist. Voraussetzung sind strenge finanz- und wirtschaftspolitische Auflagen und die Zustimmung des Deutschen Bundestages.

3. Sollte es trotzdem zu einem Verlust der Schuldentragfähigkeit kommen, muss ein Verfahren zur planmäßigen Entschuldung eingeleitet werden. Dabei muss es gelingen, einerseits die finanzielle Handlungsfähigkeit wieder herzustellen und andererseits zugleich die Aufgaben der öffentlichen Hand weiterhin wahrzunehmen. In dieser Phase sollte dem jeweiligen Euro-Staat zudem von der Europäischen Kommission ein Spar-

kommissar an die Seite gestellt werden, der den Einsatz der staatlichen Mittel sowie die Umsetzung der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen überwacht. Wir wollen, dass dieser auch Durchgriffsrechte erhalten kann, falls der jeweilige Staat seinen Pflichten nicht nachkommt. Das gesamte Verfahren muss so gestaltet sein, dass private Gläubiger an sämtlichen Phasen der Restrukturierung beteiligt und Kettenreaktionen auf den Märkten sowie Ansteckungsgefahren für andere Euro-Staaten verhindert werden. Sollte ein Mitgliedstaat der Währungsunion dauerhaft nichts willens oder in der Lage sein, die mit der gemeinsamen Währung verbundenen Regeln einzuhalten, kann er freiwillig – entsprechend der Regelungen des Lissabonner Vertrags für ein Ausscheiden aus der Europäischen Union – aus der Eurozone ausscheiden, ohne die Europäische Union zu verlassen. Er wird den anderen Mitgliedstaaten gleichgestellt, die nicht die Währung Euro haben.

4. Wir wollen den künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem „Europäischen Währungsfonds“ weiterentwickeln.
5. Wir wollen, dass die Politische Union ein Gesicht bekommt. Deshalb soll der Präsident der Europäischen Kommission künftig von allen Unionsbürgern direkt gewählt werden. Die übrigen Mitglieder müssen sich auch weiterhin einem gemeinsamen Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments stellen.
6. Wir wollen für die Politische Union ein demokratisches Zwei-Kammer-System. Es soll gleichberechtigt aus dem Europäischen Parlament als direkt gewählter Kammer der Bürger und dem Ministerrat als Vertretung der EU-Mitgliedstaaten bestehen. Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, sollen beide Kammern neben der Europäischen Kommission das Initiativrecht für die EU-Gesetzgebung erhalten.
7. Die Mandatsverteilung zum Europäischen Parlament muss mittelfristig

stärker als bisher die Bevölkerungsstärke in den Mitgliedstaaten widerspiegeln.

V. Unser Kompass für Europa

Die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind groß. Aber wir wissen: Deutschland wird nur dann eine gute Zukunft haben, wenn es in der Lage ist, auf die Herausforderungen angemessen zu reagieren. Mit einem starken Europa können wir dieses Ziel erreichen.

Die deutsch-französische Freundschaft

Von besonderer Bedeutung ist dabei die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frankreich, unserem wichtigsten europäischen Partner. Sie hat sich in der Schuldenkrise erneut bewährt. Gleichzeitig können deutsch-französische Vorschläge nur erfolgreich sein, wenn sie die Interessen aller berücksichtigen. Das gilt besonders für die kleineren Mitgliedstaaten sowie für die Staaten Mittel- und Osteuropas, die oft vorbildliche Reformpolitik betreiben. Das heißt: Wir wollen möglichst gemeinsam den Weg mit allen EU-Partnern gehen und dafür immer wieder Kompromisse suchen, die die unterschiedlichen Positionen zusammenführen. Dennoch: Die europäische Integration braucht einen Motor. Deutschland und Frankreich sind sich dieser Verantwortung bewusst und wollen ihr auch in Zukunft im Interesse Europas gerecht werden. Die CDU misst der Zusammenarbeit von Frankreich, Polen und Deutschland im Weimarer Dreieck besondere Bedeutung bei.

Mehr Europa, aber weniger Regulierung

Mehr europäische Integration ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel für eine starke Stellung Europas in der Welt. Wir stehen daher zu den Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und wollen sie mit neuem Leben erfüllen. Kleinteilige Richtlinieninitiativen der Europäischen Kommission bedrohen die Akzeptanz Europas bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie wollen mehr Europa dort, wo es ihnen nützt, und kein Europa, das alle Details unseres

Zusammenlebens regelt. Wir fordern deshalb von der Europäischen Kommission eine neue Regelungskultur: Sie muss ihr Initiativrecht auch dafür einsetzen, dass ein Zuviel an Regelungen erst gar nicht möglich wird. Außerdem streben wir die Schaffung eines unabhängigen EU-Normenkontrollrates an. Auch eine Zusammenfassung und Kodifizierung von Rechtsakten, die einen gleichen politischen Regelungsbereich betreffen, kann die Transparenz der europäischen Rechtssetzung wesentlich erhöhen. Im Übrigen muss die europaweite Umsetzung bestehender Regelungen Vorrang vor neuen Vorschlägen haben. Dafür wollen wir die EU-Kommissare mit einem Weisungsrecht gegenüber ihrer Generaldirektion ausstatten. Auch der Ministerrat und das Europäische Parlament tragen als Gesetzgeber in diesem Sinne Verantwortung. Es muss auch möglich sein, Aufgaben wieder auf die Mitgliedstaaten zurückzuführen.

Europa als Friedensmacht

Die bisherigen Erweiterungsrounds der Europäischen Union haben Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann aber nicht in jedem Fall die einzige Antwort sein. Nicht nur die Erfüllung der Beitrittskriterien ist der Maßstab für die Aufnahme neuer Mitglieder, sondern auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union selbst. Wir halten eine Privilegierte Partnerschaft der Europäischen Union mit der Türkei anstelle der Vollmitgliedschaft für die richtige Lösung.

Zur Politischen Union gehört eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung und langfristig zu einer Verteidigungsunion mit europäischen Streitkräften führen soll. Wir wollen Europa als Friedensmacht in der Welt stärken. Die Fragen der Innen- und Außenpolitik sind für die Europäische Union wie für ihre Mitgliedstaaten nicht voneinander zu trennen. Die Europäische Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung, um die Selbstbehauptung Europas nach innen wie nach außen zu bewahren.

Europa der Bürger

Europa muss von seinen Bürgern gelebt werden. Vor allem die persönliche Begegnung der Menschen führt zum Verständnis füreinander und zur Erkenntnis, dass die Stärke unseres Kontinents in seiner Vielfalt liegt. Die CDU setzt sich dafür ein, Projekte, die der persönlichen Begegnung der Menschen dienen – wie zum Beispiel Städtepartnerschaften – zu stärken. Darüber hinaus schlagen wir eine europaweite Aktion zur Förderung der Mehrsprachigkeit im Berufsleben vor.

Wir begrüßen, dass der Vertrag von Lissabon die soziale Dimension Europas gestärkt hat. Für die Bedingungen, zu denen die Menschen in Europa arbeiten, muss es europaweit soziale Mindeststandards geben. Die Ausgestaltung der Sozialsysteme muss jedoch in nationaler Kompetenz bleiben. Europäische Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, Mitbestimmungsrechte und Sicherungsniveaus nicht aufheben oder unterlaufen.

Nur geeint als Europäer können wir unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele weltweit durchsetzen, die Schöpfung bewahren und so auch die Lebensgrundlage für die Bürger Europas sichern. Eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft ist wichtig für die Entwicklung der Staaten. Dafür brauchen wir den EU-Energiebinnenmarkt und trans-europäische Netze. Die CDU setzt sich daher auch für eine wirksame europäische Energiepolitik ein.

Wir brauchen in wichtigen Politikfeldern mehr Europa. Die dafür erforderlichen Vertragsverhandlungen sind eine große Herausforderung. Die Europäische Union muss als Einheit bewahrt werden. Dennoch müssen Mitgliedstaaten, die willens und fähig sind, schneller voranzuschreiten, dies nach dem Modell des Euro und von Schengen auch tun können. Für alle anderen Mitgliedstaaten muss es dabei eine Möglichkeit geben, ihnen später zu folgen. Es darf weder inhaltlich noch organisatorisch eine Abkoppelung von der Europäischen Union geben. Konkurrierende europäische Einrichtungen und unklare Zuständig-

keiten würden die Politische Union gefährden. Ein starkes Europa braucht starke politische Institutionen.

Die Europäische Union lebt von der Zustimmung ihrer Bürger. Jede Übertragung von zusätzlichen Kompetenzen an die Europäische Union muss deshalb mit einem Mehr an Handlungsfähigkeit, demokratischer Legitimation und Transparenz einhergehen.

Zur Verbesserung der Transparenz sollten alle europäischen Entscheidungen für die Bürger in geeigneter Weise zugänglich sein. Die Informationen müssen einfach, verständlich und leicht zu finden sein. Gerade das Internet bietet hier gute Möglichkeiten.

Die Politik ist aufgefordert, entschlossen und besonnen den richtigen Weg für unser Land zu finden. Die CDU Deutschlands nimmt diese Verantwortung an. Mit dem christlichen Menschenbild haben wir einen Kompass, der uns diese Herausforderung als Chance begreifen lässt. Wir sind bereit, eine aktive Rolle bei der Vertiefung der Einheit Europas zu übernehmen. Eine gute Zukunft Deutschlands liegt in einem Europa, das wirtschaftlich stark ist und seine soziale Verantwortung wahrnimmt.